

## Begründung

für die Änderung des Bebauungsplanes "Labenacker II. B.A."  
im Stadtteil Wiebelskirchen

Der rechtskräftige Bebauungsplan "Labenacker II. B.A." wurde vom Gemeinderat Wiebelskirchen in der Sitzung vom 28.10.1959 als Satzung beschlossen, die Genehmigung von der Regierung des Saarlandes - Minister für Öffentliche Arbeiten und Wohnungsbau - mit Datum vom 25.4.1963 erteilt.

Seine Aufstellung wurde erforderlich zur städtebaulichen Ordnung einer Bebauung im Anschluß nordwestlich des Baugebietes Labenacker I.

### 1.) Veranlassung zur Änderung des Bebauungsplanes

Im Bebauungsplanbereich "Labenacker II. B.A." wurden durch den Siedlungsträger die Garagen entgegen der Ausweisung im Bebauungsplan erstellt. Eine nachträgliche Dispens bei der Obersten Landesbaubehörde in Saarbrücken wurde abgelehnt mit dem Bemerken, daß der Bebauungsplan geändert und der vorhandenen Bebauung angepaßt werden müsse.

### 2.) Anhörung der Träger öffentlicher Belange

Entsprechend § 2 BBauG wurden folgende Behörden und Dienststellen, die Träger öffentlicher Belange sind, am Planverfahren beteiligt:

- 1) Herr Minister für Umwelt, Raumordnung und Bauwesen  
Saarbrücken, Hardenbergstraße 8  
d.d. Herrn Landrat des Kreises Neunkirchen in Ottweiler
- 2) Abdruck dem Herrn Landrat des Kreises Neunkirchen  
6682 Ottweiler

- 3) Landesamt für Wasserwirtschaft und Abfallbeseitigung  
Saarbrücken, Hellwigstr. 14
- 4) Staatl. Institut für Hygiene und Infektionskrankheiten  
Saarbrücken, Malstatter Str. 84
- 5) Staatl. Gesundheitsamt des Kreises Neunkirchen  
Neunkirchen, Lindenallee
- 6) Staatl. Straßenbauamt, Saarbrücken, Halbergstr. 84
- 7) Neunkircher Straßenbahn AG, Neunkirchen, Schubertstraße
- 8) Polizeirevier Neunkirchen, Falkenstraße
- 9) Untere Bauaufsichtsbehörde im Hause
- 10) Umlegungsstelle im Hause

3.) Kosten und Wirtschaftlichkeit

Die Änderung umfaßt die Erweiterungen der überbaubaren Flächen an allen Grundstücken. Kosten fallen für diese Änderung nicht an.

4.) Planentwicklung und Folgeverfahren

Die Änderung fällt innerhalb des Geltungsbereiches des genehmigten Bebauungsplanes "Labenacker II. B.A.". Umlegungsmaßnahmen werden für die Erweiterungen der überbaubaren Flächen nicht erforderlich.

Begründung zum Bebauungsplan  
-----

für das Gelände „ Auf Labenacker II Abschnitt "  
in Wiebelskirchen.

Die Aufschließung wurde auf Grund des anstehenden Baustellenbedarfs in Erweiterung der vorhandenen Siedlung geplant.

Die Gestaltung des Bebauungsplanes wurde nach den topographischen Gegebenheiten sowie den vorhandenen Straßenanschlüssen und unter Berücksichtigung der Bauinteressenten vorgenommen.

Die Aufgliederung in 1 bzw. 2-geschossige Einzel- und Doppelhäuser sowie die Anlegung eines Geschäftsgebietes sind den Erfordernissen entsprechend ausgewählt.

Die Wirtschaftlichkeit der Aufschließung ist bei einer durchschnittlichen Parzellengröße von 600 bis 800 m<sup>2</sup> unter Berücksichtigung, daß es sich größtenteils um Siedlerstellen handelt, gewahrt.

## Abschrift



**KREISSTADT NEUNKIRCHEN**  
**STADTTEIL WIEBELSKIRCHEN**  
**ÄNDERUNG**  
**BEBAUUNGSPLAN NR. 63**  
**<LABENACKER>**  
**II. BAUABSCHNITT**  
**MST. 1:500**

Die Änderung des Bebauungsplanes im Sinne des Bundesbaugesetzes (BBauG) vom 23. Juni 1960 (BGBl. I Seite 341). Gemäß § 2 Abs. 1 dieses Gesetzes wurde in der Sitzung des Stadtrates am 18. September 1974 beschlossen.

Die Ausarbeitung erfolgte durch die Abt. Stadt- und Verkehrsplanung beim Stadtbauamt

gez. Ringeisen  
Bau-Ing.  
(grad)

gez. Claus  
Lt. Dipl.-Ing.  
Stadtbauamtsdirektor

### Festsetzungen gemäss § 9 Abs. 1 und 5 des Bundesbaugesetzes

- |    |   |  |
|----|---|--|
| 1  | Geltungsbereich der Änderung  | siehe Plan                                       |
| 2  | Art der baulichen Nutzung   |  |
|    | 2.1. Baugebiet  | siehe Plan                                       |
| 3  | Mass der baulichen Nutzung  |  |
|    | 3.1 Zahl der Vollgeschosse  | I-II   |
|    | 3.2 Grundflächenzahl GRZ  | siehe Plan                                       |
|    | 3.3 Geschossflächenzahl   | siehe Plan                                       |
|    | 3.4 Baumassenzahl   | entfällt   |
| 4  | Bauweise  | offen  |
| 5  | Überbaubare und nicht überbaubare<br>Grundstücksflächen   | siehe Plan                                       |
| 6  | Stellung der baulichen Anlagen  | siehe Plan                                       |
| 7  | Mindestgröße der Baugrundstücke   | entfällt   |
| 8  | Höhenlage der baulichen Anlagen   | lt. Höhenpläne                                   |
| 9  | Flächen für überdachte Stellplätze und<br>Garagen sowie ihrer Einfahrten auf den<br>Baugrundstücken   | innerhalb der überbaubaren<br>Grundstücksflächen |
| 10 | Flächen für nicht überdachte Stellplätze<br>sowie ihrer Einfahrten auf den<br>Baugrundstücken   | innerhalb der überbaubaren<br>Grundstücksflächen |
| 11 | Baugrundstücke für den Gemeinbedarf   | entfällt   |
| 12 | überwiegend für die Bebauung von Fami-<br>lienheimen vorgesehene Flächen  | gesamter Geltungsbereich                         |
| 13 | Baugrundstücke für besondere bauliche Anlagen,<br>die privatwirtschaftlichen Zwecken dienen und deren<br>Lage durch zwingende städtebauliche Gründe,<br>insbesondere des Verkehrs, bestimmt sind. | entfällt   |
| 14 | Grundstücke, die von der Bebauung freizuhalten  | entfällt   |

sind und ihre Nutzung

- |  |            |
|--|------------|
| 15 Verkehrsflächen   | siehe Plan |
| 16 Höhenlage der anbaufähigen Verkehrsflächen sowie der Anschluss der Grundstücke an die Verkehrsflächen   | siehe Plan |
| 17 Versorgungsflächen  | entfällt   |
| 18 Führung von Versorgungsanlagen und –leitungen   | siehe Plan |
| 19 Flächen für die Verwertung oder Beseitigung von Abwasser und festen Abfallstoffen sowie für Ablagerungen  | entfällt   |
| 20 Grünflächen wie Parkanlagen, Dauerkleingärten, Sport-, Spiel-, Zelt- und Badeplätze, Friedhöfe  | siehe Plan |
| 21 Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Steinen, Erden und anderen Bodenschätzen   | entfällt   |
| 22 Flächen für die Landwirtschaft und Forstwirtschaft  | entfällt   |
| 23 Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zugunsten der Allgemeinheit, eines Erschliessungsträgers oder eines beschränkten Personenkreises zu belastende Flächen                          | siehe Plan |
| 24 Flächen für Gemeinschaftsstellplätze und –garagen   | entfällt   |
| 25 Flächen für Gemeinschaftsanlagen, die für Wohngebiete oder Betriebsstätten innerhalb eines engeren räumlichen Bereichs aus Gründen der Sicherheit oder Gesundheit erforderlich sind | entfällt   |
| 26 Die bei einzelnen Anlagen, welche die Sicherheit oder die Gesundheit der Nachbarschaft gefährden oder erheblich beeinträchtigen, von der Bebauung freizuhaltenden Flächen           |            |
| 27 Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern  | entfällt   |
| 28 Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und Gewässern  | entfällt   |
| 35 Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen und Stützmauern, soweit sie zur Herstellung des Straßenkörpers erforderlich sind  | entfällt   |

Aufnahme von Festsetzungen über die äussere Gestaltung der baulichen Anlagen auf Grund des § 9 Abs. 2 BBauG in Verbindung mit § 9 der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 9. Mai 1961 (Abl. S. 293).

---

Aufnahme von Festsetzungen über den Schutz und die Erhaltung von Bau- und Naturdenkmälern aufgrund des § 9, Abs. 2 BBauG in Verbindung mit § 9 der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 9. Mai 1961 (Abl. S. 293).

---



Kennzeichnung von Flächen gemäß § 9 Abs. 3 BBauG

- |   |                          |
|---|--------------------------|
| 1. Flächen, bei deren Bebauung besondere bauliche Vorkehrungen getroffen werden müssen.           | entfällt                 |
| 2. Flächen, bei denen besondere bauliche Sicherungsmaßnahmen gegen Naturgewalt erforderlich sind. | entfällt                 |
| 3. Flächen, unter denen der Bergbau umgeht  | gesamter Geltungsbereich |
| 4. Flächen, die für den Abbau von Mineralien bestimmt sind  | entfällt                 |

Nachrichtliche Übernahme von Festsetzungen gem. § 9 Abs. 4 BBauG in der Fassung vom 18. August 1976 (BGBl I, S. 2256)

Der Bebauungsplan hat gemäss § 2 Abs. 6 ausgelegen vom 5. Februar 1975 bis zum 5. März 1975.

Der Bebauungsplan wurde gemäss § 10 BBauG als Satzung durch den Stadtrat der Stadt Neunkirchen am 21. Mai 1975 beschlossen.

Der Oberbürgermeister  
gez. Kolb

Der Bebauungsplan wird gemäss § 11 BBauG genehmigt.

Saarbrücken, den 5. Aug. 1975  
SAARLAND  
MINISTER FÜR UMWELT, RAUMORDNUNG UND  
BAUWESEN

D/6 5704/75 KI/Jo                      gez. WÜRKER  
Dipl.-Ingenieur

Die öffentliche Auslegung gemäss § 12 BBauG wurde am SAARBR. ZTG. 8. SEPT. 1975 (Zeitung) 11.9.1975-18.9.1975 (Aushang) ortsüblich bekannt gemacht.

STADTANZEIG. 10.SEPT. 1975

Neunkirchen, den 15. SEPTEMBER 75  
Der Oberbürgermeister  
Im Auftrag gez. Birtel  
Stadtamtsrat

PLANZEICHEN – ERLÄUTERUNG ZUR ÄNDERUNG DES BEBAUUNGS-  
PLANES ZU DEN FESTSETZUNGEN § 9 ABS. 1 UND 5 BBauG .

ZU	1.)	GELTUNGSBEREICH DER ÄNDERUNG	— — —
ZU	2.)	ART DER BAULICHEN NUTZUNG	
		REINES WOHNGEBIET	WR
ZU	3.)	MASS DER BAULICHEN NUTZUNG	
		GESCHOSSZAHL= ZWINGEND	I II
		GRUNDFLÄCHENZAHL GRZ	$I + II = 0.4$
		GESCHOSSFLÄCHENZAHL GFZ	I GESCH.=0.5 II GESCH.=0.8
ZU	4.)	BAUWEISE	
		OFFEN	0
		BAUGRENZE	—
ZU	5.)	ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFLÄCHEN	—
ZU	15.)	VERKEHRSFLÄCHEN	—
ZU	18.)	FÜHRUNG OBERIRDISCHER VERSORGUNGSANLAGEN	
		UND HAUPTABWASSERLEITUNGEN	
		ELEKTRO - LEITUNG	# E —▷—
		WASSER - LEITUNG	⊕ W —▷—
ZU	20)	GRÜNFLÄCHEN	
		PARKANLAGE	—
		SPIELPLATZ	—
ZU	23.)	FLÄCHEN MIT GEH-, FAHR-U. LEITUNGSRECHTEN	
		LEITUNGSRECHTE	— — —